

Sendesperfrist Freitag, 4.12.09, 11.00 Uhr

Pressemitteilung

29/09 – 04. Dezember 2009

INSM und WiWo präsentieren Bundesländerranking 2009

20 Jahre nach dem Mauerfall Dynamik-Sprung in den Ostländern – und im Westen punktet Bayern

Berlin/Köln. – Überraschung im Jubiläumsjahr des Mauerfalls: Sachsen-Anhalt ist Dynamiksieger im siebten wissenschaftlichen Bundesländer-Ranking von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche. Gefolgt wird der Überraschungssieger 2009 von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Expertise wurde durch Wissenschaftler der IW Consult erstellt. Sie berücksichtigt 100 ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Kaufkraft, Kitabetreuungsquote oder Investitionsquote. **Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg belegen die ersten drei Plätze im Bestandsranking.** Nirgendwo in der Republik ist das absolute Niveau von Wirtschaftskraft und Wohlstand so hoch wie hier.

„Das Dynamik-Ranking zeigt, dass alle ostdeutschen Bundesländer inklusive Berlins am meisten vom Aufschwung der zurückliegenden Jahre profitiert haben. Getrieben wurde der Aufschwung Ost in den neuen Ländern vor allem vom verarbeitenden Gewerbe und den damit verbundenen Dienstleistungen“ erklärte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Die Bruttowertschöpfung legte im verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer in den Jahren 2005 bis 2008 um 22,9 Prozent zu, während sie in Westdeutschland um 13,2 Prozent wuchs. Die Beschäftigtenzahlen in der Metall- und Elektroindustrie stiegen in Ostdeutschland um 9,1 Prozent, im Westen waren es 2,9 Prozent. Dies entspricht in den neuen Bundesländern 41.337 neuen Arbeitsstellen. In allen Wirtschaftssektoren entstanden hier zwischen 2005 und 2008 fast eine viertel Million neue Arbeitsplätze.

Sachsen-Anhalt machte den größten Sprung. Hier sank die Arbeitslosenquote zwischen 2005 und 2008 um 6,2 Prozentpunkte (bundesweit: Minus 3,9 Prozentpunkte). Bei der Steuerkraft, die ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist, legte das Land um 72,2 Prozent zu (Bundesdurchschnitt: 29,8 Prozent). 7,7 Prozent Plus beim Bruttoinlandsprodukt – das ist der zweithöchste Zuwachs nach Baden-Württemberg.

„Zu den Treibern dieser positiven Entwicklung gehören vor allem auch Unternehmen, die auf dem Feld alternativer Energien tätig sind und sich beispielsweise im Solar Valley bei Bitterfeld und auch im Raum Magdeburg angesiedelt haben“, erläutert Studienleiter Michael Bahrke.

Erst auf Platz 7 findet sich mit Bayern das dynamischste westdeutsche Bundesland, gefolgt von Baden-Württemberg. „Die Platzierung des Freistaates im Dynamikvergleich ist allerdings vor dem Hintergrund eines Wirtschafts- und Wohlstandsniveaus zu sehen, das in Deutschland ansonsten unerreichbar ist“, erklärte dazu Henning Krumrey, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche. Die beiden Länder belegen die Plätze 1 und 2 im Bestands-Ranking, das das absolute Niveau von Wirtschaftskraft und Wohlstand vergleicht. Ihre starke Performance verdanken sie vor allem auch ihrer exportstarken Industriestruktur in der Automobilherstellung und dem Maschinenbau.

Spitze ist Bayern gemeinsam mit Baden-Württemberg bei der Arbeitsplatzversorgung. Sie erreichte 2008 ein Niveau von 74,1 Prozent und bewegt sich damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 70 Prozent. Bayern verfügen im Schnitt über die höchste Kaufkraft bundesweit. Der Freistaat hat mit einem Anteil von 2,8 Prozent zudem den geringsten Anteil an Empfängern von Arbeitslosengeld II.

Weitere wichtige Trends des Bundesländerrankings: Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben in den Aufschwungjahren eine nur sehr schwache Dynamik entfalten können. Sie belegen die beiden letzten Plätze und haben damit vom Aufschwung der vergangenen Jahre nur sehr unterdurchschnittlich profitieren können. „Beide Länder kämpfen immer noch mit dem Umbau der Montanindustrie“, erklärt dazu Studienleiter Michael Bahrke.

Thüringen ist beim absoluten Niveau den alten Bundesländern am dichtesten auf den Fersen. Hier ist beispielsweise die Versorgung mit Arbeitsplätzen (70 Prozent) bereits höher als in Niedersachsen (68,5 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (67,4 Prozent).

Doch insgesamt bewegen sich alle Ost-Bundesländer bei Wohlstandsindikatoren wie dem verfügbaren Einkommen noch unter dem Niveau aller West-Bundesländer. Sie leiden auch durchweg stärker unter Einwohnerverlusten als die West-Bundesländer mit Ausnahme des Saarlandes.

„So sehr wir uns über die Erfolge in Ostdeutschland freuen, so deutlich wird im direkten Niveauvergleich auch, wie viel Aufbauarbeit noch vor uns liegt“, erklärte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Zusätzlich zum Ranking, das einerseits die Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 und zudem das absolute Niveau der Bundesländer im Jahr 2008 vergleicht, veröffentlichten INSM und WiWo in diesem Jahr einen Krisenindex, der die aktuellen Entwicklungen in der Zeit von Juni 2008 bis Juni 2009 spiegelt – hier insbesondere die Wirtschaftsleistung (50 Prozent Anteil) sowie die Arbeitslosenquote und die Beschäftigungsentwicklung (je 25 Prozent Anteil).

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg sind danach **weniger stark von der Konjunkturkrise getroffen** worden.

Sachsen-Anhalt, Hessen, Niedersachsen, Bremen und Sachsen sind **durchschnittlich betroffen**.

In Bayern, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Baden-Württemberg hat die Krise **überdurchschnittlich starke Einbrüche** bei der Wirtschaftsleistung sowie am Arbeitsmarkt verursacht. „Diese Länder haben exportstarke Industrien, die vom weltweiten Nachfrageeinbruch besonders getroffen wurden – aber sie haben zuvor auch in besonderer Weise vom Aufschwung profitiert“, erklärte dazu Henning Krumrey, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche bei der Präsentation der INSM-WiWo-Studie in Berlin.

Alle Ergebnisse der Studie sowie Presseinformationen und detaillierte Stärken-Schwächen-Profile aller Bundesländer finden Sie im Internet unter www.bundeslaenderranking.de und www.wiwo.de.

Hier sind detaillierte Länder-Pressemitteilungen über alle 16 Bundesländer zu finden: http://www.bundeslaenderranking.de/2009_laenderpm.html

Pressekontakte

INSM: Jan Loleit
Tel.: (0221) 4981 405
E-Mail: loleit@insm.de

WirtschaftsWoche: Bert Losse
Tel.: (0211) 887-2124
E-Mail: bert.losse@wiwo.de

Nächste Seite: Die Platzierungen aller 16 Bundesländer und eine Übersicht des Krisenindex. Er veranschaulicht anhand wichtiger Wirtschaftsdaten, wie stark die Wirtschaft der Bundesländer unter den Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen leiden.

INSM-WiWo-Bundesländerranking 2009 – die Gesamtranglisten		
Bundesland	Platzierung im Dynamikvergleich	Platzierung im Niveauranking
Sachsen-Anhalt	1	15
Brandenburg	2	13
Mecklenburg-Vorpommern	3	14
Sachsen	4	12
Thüringen	5	11
Berlin	6	16
Bayern	7	1
Baden-Württemberg	8	2
Bremen	9	10
Niedersachsen	10	7
Hessen	11	4
Rheinland-Pfalz	12	5
Schleswig-Holstein	13	6
Hamburg	14	3
Nordrhein-Westfalen	15	8
Saarland	16	9

INSM-WiWo-Krisenindex: Wie stark wirkt sich die Wirtschaftskrise in den Bundesländern aus?

Zusätzlich zum Bundesländer-Ranking 2009 veröffentlichen INSM und WiWo in diesem Jahr einen Krisenindex, der die Entwicklungen in der Zeit von Juni 2008 bis Juni 2009 spiegelt – hier insbesondere die Wirtschaftsleistung (50 Prozent Anteil) sowie die Arbeitslosenquote und die Beschäftigungsentwicklung (je 25 Prozent Anteil). (Erläuterung: * Bruttoinlandsprodukt; ** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; *** Arbeitslosenquote. Daten: IW Consult Köln.

Bundesländer	BIP* in %	SVB** in %	ALQ*** in Prozent punkten
Gewichtung	50%	25%	25%
			unterdurchschnittlich betroffen
Berlin	-2,3	2,6	0,4
Brandenburg	-3,6	0,2	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	-3,6	0,1	-0,4
Schleswig-Holstein	-2,9	0,5	0,4
Hamburg	-4,4	1,7	0,6
			durchschnittlich betroffen
Sachsen-Anhalt	-5,6	-0,2	-0,2
Hessen	-5,5	0,3	0,3
Niedersachsen	-6,3	0,2	0,3
Bremen	-4,9	-0,5	0,8
Sachsen	-5,7	-0,8	0,4
			überdurchschnittlich betroffen
Bayern	-6,6	-0,1	0,8
Rheinland-Pfalz	-7,1	0,0	0,7
Thüringen	-6,3	-1,8	0,6
Nordrhein-Westfalen	-7,9	-0,5	0,6
Saarland	-10,1	-1,2	0,6
Baden-Württemberg	-10,1	-0,8	1,3